

# Wo Tony Blair nicht europäisch denkt

Großbritanniens Premier wird es schwer haben, sein Sozialmodell auf dem anstehenden Gipfel als vorbildlich für die gesamte EU zu präsentieren

Für den 27. und 28. Oktober hat die britische Ratspräsidentschaft zu einem informellen Treffen der EU-Staats- und -Regierungschefs eingeladen. Dabei könnte vor allem das Streitthema „europäisches Sozialmodell“ zu einem Spaltpilz werden. Nachdem Tony Blair sich kürzlich im EU-Parlament zu einem „sozialen Europa“ bekannte, warten nun viele Beobachter gespannt darauf, welche konkreten Vorschläge dieses Bekenntnis nach sich zieht. Ein genauer Blick auf die britische Politik zeigt, in welche Richtung Blair Europa führen will, und offenbart einen fundamentalen Konflikt: Das englische Sozialmodell ist inkompatibel mit den dominierenden politischen Überzeugungen auf dem Kontinent.

Der regierungnahe Think-Tank „Institute for Public Policy Research“ (IPPR) hat kürzlich das Konzept des englischen Sozialmodells entworfen. Darin wird die bisherige Wirtschafts- und Sozialpolitik der Labour-Regierung systematisch eingebettet und werden notwendige Weiterentwicklungen für die nächste Dekade skizziert.

Das englische Sozialmodell wird beschrieben als eine moderne Synthese aus liberaler und sozialdemokratischer Wohlfahrtsstaatlichkeit. Es soll die effektivsten Aspekte beider Modelle: wirtschaftliche Leis-

tungsfähigkeit und Flexibilität mit Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit in Einklang bringen. Als Charakteristika liberaler Abstammung beinhaltet das Modell eine hohe Flexibilität des Arbeitsmarkts, weitestgehend vom Markt bestimmte Löhne und eine geringe staatliche Regulierung der Wirtschaft. Als Merkmale sozialdemokratischen Ursprungs werden zum einen die aktive Arbeitsmarktpolitik, insbesondere durch Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, und zum anderen die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen und staatlicher Finanzhilfen beschrieben. Diese werden finanziert durch eine relativ hohe Steuerquote.

Das britische Konzept enthält die richtige, aber oft falsch wiedergegebene Erkenntnis, dass verhältnismäßig hohe Steuersätze nicht notwendigerweise negative Effekte für das Wachstumspotenzial einer Volkswirtschaft mit sich bringen müssen. Dies wurde insbesondere in den skandinavischen Ländern bewiesen und von komparativen OECD-Statistiken untermauert. Durch diese Feststellung wird die Steuerpolitik als Finanzierungsbasis eines Sozialmodells erhalten. Des Weiteren wird anerkannt, dass in Großbritannien und anderen Staaten liberaler Prägung freie Märkte große Einkommensungleichheiten produzieren.



**Henning Meyer** ist „Associate Director“ des „European Research Forum“ der „London Metropolitan University“.

Die Politik müsse daher politische Umverteilungsmechanismen weiterentwickeln, um gerechtere Resultate zu generieren.

Diese Aspekte erscheinen auf den ersten Blick vereinbar mit den Prinzipien einer Sozialen Marktwirtschaft kontinentalen Zuschnitts. Das Hauptproblem des englischen Sozialmodells liegt aber bereits in seiner Grundannahme. Die Prozesse der wirtschaftlichen Globalisierung werden als gegeben hingenommen, und die Politik wird lediglich dazu verpflichtet, die Ungerechtigkeiten des Marktsystems zu lindern. Die politische Einflussnahme auf die Globalisierung als solche und somit die wirtschaftlichen Spielregeln ist nicht Bestandteil des Modells.

Besonders im Bereich der Arbeitsmarktflexibilität werden diese tief greifenden Unterschiede deutlich. Tony Blairs Labour-Regierung

setzt darauf, die eigene Bevölkerung für die wirtschaftliche Teilhabe im globalen Wettbewerb fit zu machen. Daraus resultiert der Zwang der Arbeitnehmerschaft, sich an die Bedürfnisse der jeweiligen Wettbewerbssituation anzupassen. Die wirtschaftlichen Umstände können somit erfordern, dass ein britischer Klempner im weiteren Verlauf seiner beruflichen Karriere erst Telefonist und schließlich Altenpfleger wird. Die Verlagerung von Arbeitsplätzen im verarbeitenden Gewerbe wird hingenommen und soll durch neue Beschäftigung im unteren Lohnbereich des Dienstleistungssektors ersetzt werden. Die Allokation von Arbeitskräften funktioniert rein nach Marktgesichtspunkten ohne nennenswerte Arbeitnehmerbeteiligung oder Kündigungsschutz.

Diese Philosophie steht im deutlichen Gegensatz zu den politischen Anliegen in weiten Teilen Kontinentaleuropas. Was die gescheiterten Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden, aber auch die deutschen Bundestagswahlen deutlich gezeigt haben, ist die Erwartung der Bevölkerung an die politische Klasse, den Globalisierungsprozess politisch zu gestalten. Die Soziale Marktwirtschaft hat sich hier zu Lande auch immer über Rechte für Arbeitnehmer und Tarif-

autonomie definiert, die dafür Sorge tragen sollen, dass soziale Erwägungen neben den Bedürfnissen des Marktes bereits im Wirtschaftsprozess selbst Gehör finden. Die britische Vorstellung von Marktanpassung ist mit der kontinentalen Version der Sozialen Marktwirtschaft nicht ohne einen klaren Traditionsbruch vereinbar.

Die grundlegenden Meinungsverschiedenheiten zwischen den EU-Staaten liegen also nicht in der Höhe der Steuersätze oder wie viel Investitionen für öffentliche Dienstleistungen nötig sind, sondern vielmehr im allgemeinen politischen Auftrag. Soll die Politik gestalterisch in den globalen Wirtschaftsprozess eingreifen, oder wird dieser sich selbst überlassen?

Die EU ist bei diesem Thema gespalten. Etliche der neuen Mitgliedsländer plädieren dafür, lediglich die sozialen Verwerfungen wirtschaftlicher Fehlallokationen zu mildern, wohingegen insbesondere in Deutschland und Frankreich die Mehrheit der Bürger eine Gestaltung der wirtschaftlichen Globalisierung erwartet. Es bleibt abzuwarten, ob der informelle Gipfel Ende dieses Monats mehr Aufschluss über die zukünftige Form eines „sozialen Europas“ bringt oder ob es noch eines längeren und tiefer gehenden Diskussionsprozesses über die Zukunft des europäischen Sozialmodells bedarf. Letzteres ist sehr wahrscheinlich.